

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Preis vierteljährlich hier 1 M., mit Trägerlohn 1.20 M., im Bezirk und 10 km. Umkreis 1.25 M., im übrigen Württemberg 1.35 M. Monatsabonnements nach Verhältnis.

# Der Gesellschafter.

## Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

Fernsprecher Nr. 29.

Fernsprecher Nr. 29.

Anzeigen-Gebühr f. d. 1. Spalte. Zeile aus gewöhnl. Schrift ober deren Raum bei 1mal. Einrückung 10 S. bei mehrmaliger entsprechend Rabatt.

Mit dem Glaubensbekenntnis und Schwab. Landwirt.

**Bestellungen**  
auf den  
**Gesellschafter**  
für das  
**II. Quartal**  
nehmen jetzt schon alle Postanstalten, Postboten, sowie unsere Austrägerinnen entgegen.

**Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für den Württ. Schwarzwaldkreis.**  
Gemäß Art. 25 Abs. 2 des Gesetzes vom 4. März 1888 (Reg.-Bl. S. 89) wird hiermit bekannt gemacht, daß der Beitrag für das Jahr 1904 auf  
—: 3 M. 34 S für 100 M. Steuerkapital festgesetzt worden ist.  
Reutlingen, den 17. März 1905.  
Der Vorsitzende des Vorstands  
Oberregierungsrat Stanner.

**Den Herrn Katastergeometern und Schultheisenämtern**  
geht unter Bezugnahme auf den Erlass vom 19. Januar d. Js. (Gesellschafter Nr. 16), betr. die Aufstellung der Herren Katastergeometer Rapp in Nagold, Etchingen in Altsenfeld und Klein in Wildberg als Amtskopierschaffsgeometer, je ein Exemplar des mit den Amtskopierschaffsgeometern abgeschlossenen Dienstvertrags mit nächster Post zu. Die Schultheisenämter wollen den Vertrag den Gemeindefollegien eröffnen und sodann sorgfältig in der Ortsregistratorat verwahren.  
Nagold, den 18. März 1905.  
R. Oberamt. Ritter.

**Bekanntmachung,**  
betreffend die Erstellung einer Schlachtereianlage in Altsenfeld-Stadt.  
Die Stadtgemeinde Altsenfeld beabsichtigt, auf der Parz. Nr. 864 der Vorstadt Altsenfeld-Stadt an der neu erbauten Straße im Wiesle (Kronenstr.) ein Schlachthaus zu erbauen.  
Zur Reinigung des Abwassers aus dem Schlachthaus soll an der östlichen Gebäudeseite eine Kläranlage erstellt werden. Das Abwasser soll von dieser mittels einer Zementröhrendröhle in die städtische Straßendröhle (in der Kronenstr.) und von hier in die Nagold abgeführt werden.  
Etwaige Einwendungen gegen dieses Unternehmen sind binnen 14 Tagen beim Oberamt anzubringen. Nach Ablauf der Frist können Einwendungen in dem Verfahren nicht mehr angebracht werden. Beschreibungen, Zeichnungen und Pläne sind auf dem Oberamt zur Einsicht aufgelegt.  
Nagold, den 18. März 1905.  
R. Oberamt. Bullinger, sb. Amtm.

Am 17. März d. J. ist von der Evangelischen Oberschulbehörde die 1. Schullehrer in Niederhofen, Bez. Göggingen, dem Schullehrer Herrmann in Nagold, Bez. Altsenfeld-Dorf (Nagold) übertragen worden.

**Politische Uebersicht.**  
**Der französische Ministerpräsident ermächtigt** die Minister des Krieges, der Marine und der Justiz, dem Parlament einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch Soldaten und Matrosen, welche sich gegen das gemeine Strafrecht vergangen haben, in Zukunft den ordentlichen Gerichten zur Beurteilung überwiesen werden. Außerdem stellte der Ministerpräsident das Programm für den Besuch des Königs von Spanien in Paris fest, der für den 30. Mai erwartet wird und bis zum 5. Juni in Frankreich bleibt.  
**Der russische Kaiser ernannte den Grafen** Borosow Dschlow zum Statthalter des Kaukasus und sprach die Erwartung aus, daß es dem Grafen bei seiner Kenntnis des Kaukasus und seiner Erfahrung gelingen werde, das Land zu beruhigen. — Aus Erklärungen der griechischen Gemeinden im Kaukasus geht hervor, daß die Agitation in Garien nicht die Verbreitung von Rußland zum Ziel hat. Die Gurier erklären sich im Gegenteil mit den Fortschrittsparteien in Rußland solidarisch. Die Gurier

fordern die Erlaubnis, den Militärdienst in ihren Wohnorten leisten zu dürfen. — Eine bei Dmitrow! im Gouvernement Orel gelegene Besitzung des Großfürsten Sergius wurde ausgeplündert, die dort befindlichen industriellen Anlagen wurden niedergebrannt. Auch aus anderen Gegenden wird von weiteren Plünderungen der Güter durch die Bauern gemeldet. An der Grenze von Karland ist es zu größeren Zusammenstößen gekommen, da russische Bauern in Karland eindringen und die Wälder zu verwüsten suchen.

**Die neue englische Flottenpolitik ist im** Unterhaus einer Kritik unterzogen worden. Man fährt aus, die Admiralität habe Schiffe von einer Klasse außer Gebrauch gesetzt, die Deutschland und andere Länder noch besitzen und zu bauen fortführen. Der Parlamentssekretär der Admiralität, Freyman, erklärte darauf, die neue Flottenpolitik habe den Gesichtswert der Flotte erhöht und die Ausgaben für die Flotte um 3 1/2 Millionen Pfund vermindert. Bezüglich der vorgeschlagenen Schaffung eines Flottenstützpunkts in Rosyth fährt Freyman aus, jeden Tag stelle sich der Wert dieses Platz für den beabsichtigten Zweck mehr heraus und es werde nicht, wie früher angenommen, nötig sein, dort große Befestigungswerke zu errichten, er könne aber nicht sagen, ob die Vermeidung der Zahl der Schiffe es gestatten werde, die Aufwendungen für Rosyth noch hinauszuschieben. Hierauf wurde das Ratschlagsbudget mit 215 gegen 84 Stimmen angenommen. Das bedeutet ein wichtiges Vertrauensvotum für die Flottenpolitik der Regierung.

**Nach Mitteilungen der türkischen Regierung** stehen mehrere bulgarische Banden, unter denen sich viele Flüchtlinge befinden, gegen Kütahya. Es verlautet, daß sich die Anführer in Philippopol versammeln, um über einen Einfall in die Türkei für das Frühjahr zu beraten; ferner, daß die Befestigungen des Klosters Kotschoba bei Philippopol armiert und einige Bataillone nach Kütahya dirigiert worden sind. In einer bei einem Komitatsschlachtbericht erschienenen Broschüre heißt es, daß die Bulgaren ihre Ansturmstriche in Konstantinopel selbst fortsetzen wollen, um eine Militärintervention der Großmächte zu veranlassen. — Bei Gopaton (Bezirk Florina) wurde eine vierzig Mann starke bulgarische Bande von türkischen Regierungstruppen in die Flucht geschlagen. Die Bulgaren ließen zehn tote zurück. — Nach Meldungen aus Sofia war für Anfang dieser Woche von der Pforte ein neuer Termin für die Rückkehr der noch in Bulgarien befindlichen Flüchtlinge aus dem Vilajet Adrianopel angesetzt, doch unterließ es die Pforte auch diesmal, ihr Versprechen zu halten. Man glaubt in Sofia, die Pforte werde die Rückkehr der Flüchtlinge, deren Zahl noch 6000 beträgt, überhaupt nicht mehr zulassen, da deren Grundhände bereits durch mohammedanische Auswanderer aus Bulgarien besetzt sind.

**Den türkischen Truppen in Mazedonien** wird durch ein Geheimzirkular des Kriegsministers nahe gelegt, die Bandenmitglieder, die lebend und verwundet in ihre Hände fallen, zu töten. Offenbar will die Pforte die ihr aufzunehmende Annahmestellung solcher Gefangenen umgehen. — In Nowakier verübte ein Geheiß ein erfolgloses Revolverattentat gegen einen bulgarischen Arzt, der früher als Mitglied des mazedonischen Oberkomitees tätig gewesen ist. — Ein griechisches Kloster beim Dorf Ehlramos (Kreis Kastoria) wurde von einer bulgarischen Bande eingeplündert.

**In Serbien ist die Tagung der Skupstina** geschlossen worden. — Bei einem parlamentarischen Festessen führte der König in seiner Ansprache aus, die letzten bedeutendsten Erscheinungen hätten im Land unbegründete Besorgungen hervorgerufen. Die Epoche der Uebererregungen sei für immer vorbei. Er werde freiz für die Wahrung der Verfassung eintreten, und einzelne politische Berirrungen könnten niemals die Entwicklung des Landes beeinträchtigen. Die politischen Freiheiten des serbischen Volkes seien für immer gesichert.

**Präsident Roosevelt wird den Vertrag mit** San Domingo nicht mehr zum Abschluß bringen können, da der Senat sich vertagen wird, ohne den Vertrag zu beraten. — In den Vereinigten Staaten macht man sich wegen der japanischen Siege ernüchterte Sorgen. Der Vorsitzende des Komitees des Repräsentantenhauses für Militärwesen erklärte, insofern der japanische Sieg werde Amerika entweder die Philippinen aufgeben oder binnen 15 Jahren mit Japan einen Krieg haben, weshalb die Kräftigung der amerikanischen Marine unabwendbar sei.

**Der Krieg zwischen Rußland und Japan.**  
Die Rückzugsgesichte in der Mandchurie.  
Peterburg, 18. März. General Kuropatkin meldet dem Kaiser unter dem 16.: Die Artilleriegarben unserer Heere

kämpften am 15. auf den Höhengruppen südlich von Tieling und bei dem gleichfalls südlich von Tieling gelegenen Dorf Pailiguan. In der Nacht gingen die Artilleriegarben bis zu den am Rande des Klasse beim Dorf Kaolin gelegenen Stellungen zurück, ohne vom Feind bedrängt zu werden. Am 16. haben die Kräfte den Marsch (d. h. den Rückzug) fortgesetzt. Die Stadt Zukundane ist am 15. von Chmushufen besetzt worden.

Sodann meldet Kuropatkin, daß er gemäß dem kaiserlichen Befehl vom 15. den Oberbefehl am 17. an General Linewitsch übergeben habe. Die Uebernahme des Oberbefehls durch General Linewitsch wird von diesem unter dem 17. gemeldet.

### Der Wechsel im russischen Oberkommando in Ostasien.

Nach langem Schwanken hat der Zar endlich einen Entschluß gefaßt, der deutlich zum Ausdruck bringt, daß dem bisherigen System der Kriegsführung in Ostasien ein Ende gemacht werden soll. Während es in letzter Woche noch zweifelhaft war, ob es Kuropatkins Fremden gelingen würde, die bereits nach der Schlacht bei Mukden beschlossene Uebernahme des Oberbefehls durch den Kaiser in letzter Stunde rückgängig zu machen, gewannen schließlich doch seine Gegner endgültig das Ohr des Zaren. Der gesamte Oberbefehl soll nun neu organisiert werden.

**Peterburg, 17. März.** Ein allerhöchster Ukas entsetzt heute den General Kuropatkin aller seiner Funktionen als Oberkommandierender. An seine Stelle tritt General Linewitsch. Der Zar hat damit dem Drängen der Partei nachgegeben, welche für Fortführung des Krieges eintritt.

Der mit dem Oberkommando aller russischen Streitkräfte in der Mandchurie betraute General Nikolai Petrowitsch Lenewitsch ist am 24. Dezember 1888 im Gouvernement Tschernigow geboren. Im Jahre 1855 trat er als Freiwilliger in das Sewski-Regiment ein, und 4 Jahre später wurde er schon als Offizier nach dem Kaukasus zur Unterdrückung der Tschetschenen geschickt. Im Türkenkriege 1877 nahm Lenewitsch an zahlreichen Gefechten teil und erlitt eine Fehlwunde, wobei er Verwundung am linken Arm, der Seite und dem Fuß davontrug. Beim Vorkriegsaufstand im Jahre 1900 führte Lenewitsch die Putsch-Abteilung zur Befreiung der Gefangenen nach Peking und erlitt die Hauptwunde am Kopf. Von 1903 ab war Lenewitsch Kommandeur der Truppen im Primorskaja-Gebiet.

**Peterburg, 18. März.** General Kuropatkin hat in der letzten Nacht in Begleitung Scharows Gharbin verlassen und ist nach Peterburg zurückgekehrt. Von antilicher Seite werden nunmehr die enormen Verluste der Russen bei Mukden zugegeben. Etwa 2000 russische Offiziere und über 60 000 Soldaten sind kampfunfähig gemacht worden. Die japanischen Truppen verfolgen die Russen noch weiter nach Norden, um gegebenenfalls den Ring zu schließen und die dazwischenliegenden Truppenteile abzufangen.

**London, 18. März.** „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio von gestern: Der Ministerpräsident Graf Katsura habe in einer Rede bei einer Versammlung von Finanzleuten gesagt, es sei schwer, das Ende des Krieges voranzujagen; die Russen gänzlich zu besiegen, werde eine außerordentlich große Aufgabe sein; er verlange, daß die ganze japanische Nation einig sei. Er hoffe, daß die Finanzleute die Regierung in hochherziger Weise unterstützen. Das bisherige Ergebnis des Krieges sei günstiger, als man habe voraussehen können. Als Japan den Krieg begann, sei es so gewesen, als ob man im Begriff wäre, durch das Tor der Hölle einzutreten; alles sei unglücklicher gewesen, aber die Gutmütigkeit der Nation habe zu einer ununterbrochenen Reihe von Siegen geführt, sowohl zu Wasser als zu Lande. — Zahlreiche in Japan wohnende Fremde haben für die neue Staatsanleihe gezeichnet.

**Peterburg, 18. März.** Von gut informierter Seite wird den „Times“ gemeldet, daß ein Waffenstillstand demnächst abgeschlossen werde (?), um Friedensverhandlungen zwischen russischen und japanischen Delegierten zu ermöglichen.

### Parlamentarische Nachrichten.

#### Deutscher Reichstag.

**Berlin, 15. März.**  
Spann (3.) befürwortet eine von ihm beantragte Resolution, wonach Elbehochwässern im Bundesrat Sitz und Stimme erhalten soll. Die Einwände gegen das Verlangen, welche früher aus politischen Verhältnissen hergeleitet worden seien, träfen nicht mehr zu. Wolle man das Deutsch-



tum fördern, so müsse auch Elbh-Vöhringen dieselben Rechte haben, wie die übrigen Bundesstaaten.

Reichskanzler Graf Bälou erwidert, namens der verbündeten Regierungen habe er zu erklären: das Verlangen der Elbh-Vöhringer, ein voll berechtigtes Mitglied des Reiches zu werden und im Bundesrat vertreten zu sein, biete den Beweis, wie sehr das Bewußtsein der Zugehörigkeit zum Reiche an Boden gewonnen habe. So sehr aber der Wunsch den Interessen des Kaisers entspreche, und er auch selber dem Wunsche entgegenkommen möchte, so handle es sich doch um eine schwierige politische Maßnahme, deren Durchföhrung Bedenken erregen müsse. Namentlich handle es sich darum, von welcher Instanz das elbh-vöhringische Mitglied des Bundesrats zu ernennen sei. Würde dasselbe etwa von dem kaiserlichen Statthalter ernannt werden, so würde dies den Einfluß Preußens zu sehr steigern und den Einfluß der anderen Bundesstaaten beeinträchtigen. Um so mehr sei es angezeigt, daß der maßgebenden Stelle im Reiche die Bestimmung des Zeitpunktes überlassen bleibe, wenn sie eine solche Maßnahme für möglich halte. Auf Einzelheiten des Antrages gehe er nicht ein solange bis die Sache im Bundesrat angenommen worden sei.

Bollmar (Soz.) kritisiert den Verkauf deutscher Handelschiffe an Rußland und fragt, ob der Reichskanzler dagegen eingeschritten sei. Redner befürwortet dann die von seiner Partei eingebrachte Resolution betr. Kündigung der Auslieferungsverträge, die Bayern und Preußen mit Rußland geschlossen habe. Die Verträge ständen im Widerspruch zu allen sonstigen Verträgen, da auch politische Verbrecher ausgeliefert würden. Redner schildert die allen menschlichen und Rechtsgefühlen widersprechenden Zustände in Rußland auf dem Gebiete der Rechtspflege. Im Anschluß hieran empfiehlt Redner auch gleich eine zweite Resolution seiner Partei betr. baldmöglichste Vorlegung eines Gesetzentwurfes zur Sicherung der Aufenthaltsverhältnisse der Ausländer im deutschen Reiche, ebenso eine dritte sozialdemokratische Resolution, die das Jndignat innerhalb des Reiches einheitlich geregelt wissen will unter Aufhebung aller Landesgesetze, welche polizeiliche Aufenthaltsbeschränkungen zulassen. Redner schildert, wie in Preußen von jeher alles geschehe, was man nur Rußland an den Augen absehen könne. Den Schimpf eines derartigen Auslieferungsvertrages, wie Deutschland ihn 1885 mit Rußland geschlossen habe, habe sich sogar Frankreich erpart trotz seines sonst so willkürlichen Entgegenkommens gegen Rußland. In Wirklichkeit wolle er, Redner, aber nur, daß Deutschland sich bei seinen Verträgen nicht auf das Niveau eines so absolutistischen Staates stelle wie Rußland es sei.

Reichskanzler Graf Bälou erklärt auf die Angriffe des Abg. v. Bollmar: Man dürfe die Dinge der auswärtigen Politik nicht mit der Parteidrille betrachten, sondern müsse sich das Interesse des betr. Landes zur Richtschnur machen. Bollmar habe die Dauer der Großmachtsstellung Rußlands angezweifelt. Er, der Reichskanzler, glaube dagegen, daß die Großmachtsstellung Rußlands die jetzige Krise überdauern werde. Die Sozialdemokraten wünschten anscheinend einen Krieg mit Rußland, um ihren dortigen Genossen in ihren Bestrebungen Hilfe zu bringen. Gegenüber Bollmar habe er weiter zu erklären, daß Deutschland in seinem Abhängigkeitsverhältnis stehe, andererseits aber auch keinen Anlaß habe, sich mit Rußland zu verfeinden. Derartige Beschuldigungen, wie sie von Bollmar ausgesprochen, seien auch gegen Bismarck gerichtet worden. In den Schiffverkäufen bemerke er, beide Kriegsparteien hätten in Deutschland und England Schiffe erworben, was völlerrechtlich nicht verhindert werden könne. Unsere Haltung während des Krieges sei eine völlig korrekte gewesen. Japan wisse ganz genau, daß es auf unsere strikte Neutralität rechnen könne. Erst kürzlich habe der deutsche Gesandte in Tokio telegraphiert, die japanische Regierung habe ihm erklärt, daß sie niemals den Auslieferungen Glauben geschenkt habe, ebenso wie sie die deutschen, in Ostasien erworbenen Rechte respektiere. Der Reichskanzler schließt: Wir wollen zu Rußland in guten Beziehungen bleiben ohne uns zu Rußland in einen Gegensatz bringen zu lassen, wozu für uns keinerlei Interesse vorliegt.

Staatssekretär v. Richthofen erklärt, daß nach seinen Informationen weder in Preußen noch in Bayern Neigung bestehe, die Auslieferungsverträge mit Rußland zu kündigen. Aus politischen Gründen haben auch seit Jahren Auslieferungen nicht mehr stattgefunden. Die Verträge hätten nur das Gute gehabt, uns politische Verbrecher vom Hals zu halten.

Rüller-Meinungen legt die Notwendigkeit dar zu einer Literar-Konvention mit den Vereinigten Staaten. Weiter führt er Beschwerde über Fälle, wo sogar deutsche Untertanen über die russischen Grenze abgeschoben und diese nach der Mandatsurlei bestrafte worden seien. Die Auslieferungsverträge mit Rußland müßten unbedingt gekündigt werden.

Staatssekretär Graf Posadowsky verspricht, daß die Regierung bei den Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten bestrebt sein werde, eine Literar-Konvention, wie Vordröner sie wünsche, zustande zu bringen.

Direktor im Auswärtigen Amt Franzius bezeichnet die Fälle, wo angeblich deutsche Untertanen über die russische Grenze abgeschoben worden seien, als Erfindung.

Graf Limburg-Stürum (kons.) führt im wesentlichen nur aus, daß wir gute Beziehungen zu Rußland unterhalten müßten.

Graf Reventlow (Antik.) beklagt unseren Verzicht auf Marokko und führt Klage über Unfreundlichkeit Englands in Südwestafrika. Sodann berührt er das Studententelegramm nach Innsbruck. In der Kolonie müsse eine schwarz-weiße Mischungstrafe im Entschieden unterdrückt werden mit Feuer und Schwert. Weiter tabelt Redner die

Ausartung des Sporttreibens in der Nieler Woche sowie die dekorative Hinzugabe von Kriegsschiffen. Freudig könne man der Regierung nur folgen, wenn sie wirklich große Weltpolitik treibe.

Reichskanzler Graf Bälou will seine Meinung, daß man sich nicht in die inneren Verhältnisse anderer Staaten einzumischen solle nicht allein auf die Binde, sondern auch auf den Grafen Reventlow (Heiterkeit) sowie auf die Studenten bezogen wissen. Jeder Staat wolle ebensoviel wie wir, Herr in seinem Hause sein. Selbstverständlich werde er für unsere wirtschaftlichen Interessen in Marokko stets besorgt sein.

Graf Niebojinski (Pole) befürwortet eine sich mit der sozialdemokratischen drönden Resolution Dreßelt betr. Regelung des Aufenthaltsrechts von Ausländern im deutschen Reich. Er behandelt die Ausweisungsfrage in demselben Sinne wie von Bollmar.

Jessen, (Däne) beschwert sich über die Handhabung des Vereinsrechts in Schleswig-Holstein, über die Ausweisung von Optanten, die nicht dancend ihren Aufenthalt in Nord-Schleswig genommen haben.

Spahn (Ztr.): Wir haben mit Rußland genau die gleichen Auslieferungsverträge wie mit den anderen Staaten.

Berlin, 16. März.

Staatssekretär Graf Posadowsky weist zunächst einige Neußerungen des Abg. Jessen als beleidigend für die preuß. Behörden zurück. Den Polen gegenüber müsse er wiederholen, daß das preuß. Ausweisungsrecht nicht Verfassungsbruch sei. Politischen Bemerkungen werde die Aufhebung nur da verlag, wo sie sich mit dem Zweck des Ausweisungsrechtes nicht vertrüge. Bei der ganzen Debatte über die Ausweisungen werde die Stellung des Reichstages gegenüber der preussischen Regierung verkannt. Preußen sei noch wie vor ein selbständiger Staat und unbedingt selbständig in seiner Souveränität und Gesetzgebung. Sowohl gegenüber den dänischen wie den polnischen Beschwerden müsse er darauf hinweisen, daß es ein Reichsausweisungsrecht nicht gebe.

Gröber (Ztr.) kann sich von den Resolutionen betreffs Erlaß eines Fremdenrechts Erfolg nicht versprechen. Nur das Menschenrecht erfordere, daß man in diesem Sinne vorgehe.

Bebel (Soz.) bedauert, in dem er zunächst gegen den Grafen Reventlow polemisiert, dessen geistige Ausführungen als so kindlich, daß man kaum hätte erwarten können, so etwas im deutschen Reichstage zu hören. Redner verurteilt sodann äußerst scharf die Polenpolitik Preußens und ebenso den Ausverkauf. Hätte die Sozialdemokratie die Macht, so würden die Verhältnisse in Rußland schon längst andere sein. Es sei ja auch durchaus nicht neu, daß ein Staat in die inneren Verhältnisse des anderen eingreife. Als in Sachsen und Baden Revolution geherstet habe, habe ja Preußen Truppen marschieren lassen. Weiter verurteilt Redner die Auslieferungsverträge Preußens und Bayerns mit Rußland. Solche Verträge seien eine Schmach. (Präsident Graf Ballostrom ruft den Redner wegen dieses Ausbruchs zur Ordnung.) Der Kanzler habe gestern erklärt, der Verkauf von Schiffen an Rußland verträge sich mit dem Völlerrecht. Wie stehe es denn dann mit den gemieteten Schiffen? In Madagaskar bei Nosibe lägen deutsche Transportschiffe, Kohlenchiffe in Diensten Rußlands, die nicht gekauft, sondern nur gemietet seien. Auch in der Art, wie Preußen an der russischen Grenze die Grenzpolizei über gegenüber stehenden Russen, liege eine Verletzung der Neutralität. Kein anderer Staat liefere russische Deserteeure an Rußland an. Auch auf den Königsberger Prozeß geht Redner näher ein. Eine solche Leichtfertigkeit und Niederlichkeit wie bei der Einleitung dieses Königsberger Prozesses sei in Preußen noch nicht dagewesen und besonders das Verhalten des Justizministers sei dazwischen gewesen, daß kein Richter, kein Beamter der Justizverwaltung noch Respekt haben könne vor diesem Justizminister, der in so schwerer Weise das Recht gebengt habe. (Graf Ballostrom erhebt sich, zur Glocke greifend. Minutenlange Dauer des Lutes, Bischof rechts.) Der Präsident ruft den Redner, nach Laut um Ruhe bittend, zum zweitenmale zur Ordnung.) Redner fortföhrend: Wenn man in Preußen noch etwas auf Reputation halte, müsse Herr Schönstedt fort von seinem Plage. An die Neußerungen des Ministers von Hammerstein über Jantina Person erinnern, bemerkt Redner u. a. noch: Was würde Herr von Hammerstein sagen, wenn man so öffentlich sprechen wollte von Betrugsmitteln der Hohenzollern oder von Betrugsmitteln in seiner eigenen Familie.

Reichskanzler Graf Bälou erwidert, er wünsche allen Polen in anderen Ländern eine so objektive Behandlung wie sie sie in Preußen und dem Reiche erfahren. Die Ostmarkenfrage sei einfach eine Rechtsfrage, die die Regierung zu erledigen habe lediglich vom Standpunkte der Integrität unseres Staates und Reiches. Neben wie die geistigen Wörden die Regierung nur bestärken, in dem Entschloß, alles einzujucken, um in den Ostmarken unsere deutsche Erstlingsfähigkeit zu erhalten. Herr Bebel habe die Auslieferungsverträge verurteilt, aber schon der Staatssekretär des auswärtigen Amtes habe erklärt, daß seit 20 Jahren in keinem einzigen Falle eine Auslieferung wegen politischer Vergehen erfolgt sei. Herr Bebel habe auch von gemieteten Schiffen in Nosibe gesprochen. Er, der Reichskanzler, habe sich sofort informiert bei der Hamburg-Amerika-Bank. Die deutschen Kohlenchiffe dürften die russischen Kriegsschiffe überhaupt nicht begleiten. Sie dürften ihre Kohlen überhaupt nur in Häfen abliefern. Wenn die Hamburg-Amerika-Bank irgend etwas läte, was unsere Neutralität berichte, so würde sie von Deutschland zur Rechenschaft gezogen werden. Weiter kommt der Redner auf den Königsberger Prozeß zu sprechen und weist die underechtigten Angriffe Bebel's auf den preussischen Justizminister zurück, ebenso die Art und Weise, wie

er sich bemüht hatte, das Vertrauen des preuß. Richterstandes zu dem Justizminister zu untergraben. Nach der materiellen und juristischen Seite hin habe der Prozeß im preussischen Abgeordnetenhaus eingehende Besprechung und Beleuchtung erfahren und er habe daher keinen Anlaß, hier auf dieses Thema zurück zu kommen. Der Kanzler legte weiter dar, daß ein spezieller Fall einer Auslieferung aus Schneidewahl von Bebel irrig dargestellt sei. Bebel habe wiederholt versichert, daß die Sozialdemokratie uns nicht in einen Krieg mit Rußland treiben wolle, aber das Verhalten der Sozialdemokraten widerspreche dem, so namentlich die Degeneration gegen Rußland in der sozialdemokratischen Presse. Wenn Herr Bebel meine, wir wollten Rußland zu Hilfe kommen, so täusche er sich. Wir denken gar nicht daran. Ob wir mit der inneren Politik Rußlands einverstanden sind oder nicht, komme gar nicht in Frage. Ein aufgeregter Mensch hat nicht die Finger in jeden Topf zu stecken, sondern lediglich dafür zu sorgen, daß nicht die Wohlfahrt und die Sicherheit des eigenen Landes gefährdet wird.

Geyl von Herrnsheim (natl.) drückt dem Reichskanzler bezüglich der auswärtigen Politik das Vertrauen der Nationalliberalen aus und fordert baldige Neuregelung der Handelsverhältnisse zu den Vereinigten Staaten.

Schröder (fr. Pa.) führt zunächst aus, daß er und seine Freunde die Polenpolitik nicht für eine glückliche halten könnten. Der Resolution über die Vertreibung Elbh-Vöhringens stimmten seine Freunde zu ohne die Bedenken des Reichskanzlers zu teilen.

Stadhagen (Soz.) befreitet dem Reichskanzler das Recht zu der Erklärung, daß seit Jahrzehnten keine Auslieferung stattgefunden hätte, denn zahlreiche Ausweisungen seien nichts anderes gewesen, als Auslieferungen. Aber auch gegen bloße Ausweisung aus ganz wichtigen Gründen müßten die Ausländer geschützt werden. Redner plädiert demgemäß für Annahme der betreffenden sozialdemokratischen Resolution.

von Chrzanowski (Pole) wendet sich gegen die preussische Polenpolitik und die bezüglichen Auslassungen des Reichskanzlers.

Gröber (Ztr.) verspricht sich von einer Resolution für ein Fremdenrechtsrecht gar nichts. Es kommt dabei ebensowenig heraus, als wenn er die sächsische Regierung aufsuchen wolle zur Vorlegung eines Toleranzgesetzentwurfes. (Heiterkeit.) Redner beklagt sich dann über Ausweisung kath. Ordensschwwestern.

## Tages-Neuigkeiten.

### Aus Stadt und Land.

r. Altensteig, 18. März. Gegenwärtig ist hier rege Nachfrage nach Dehnd. Es werden pro Zentner 3 M bezahlt.

Waldorf, 15. März. Bei der am Mittwoch stattgefundenen Verpachtung der hiesigen Gemeindefagd wurden 160 Mark Pachz erzielt. Der seitherige Preis war 122 Mark. Pachter ist G. Hirn, Bauer in Waldorf, Zellhaber Kaufmann Kehler von Eßhausen.

Schönbrunn, 19. März. Vergangenen Freitag wurden von Herrn Jagdpächter und Gemeindevater Jakob Friedrich Ziegler auf Schönbrunner Markung zwei schöne Schnepfen geschossen.

Stuttgart, 17. März. Ein Konfessionserklaß an die Seminarrektorate, Bezirks- und Ortschulinspektorate bestimmt: Durch Erlaß des R. Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens ist bestimmt worden, daß zum Gedächtnis der bevorstehenden hundertsten Wiederkehr des Todesstags Schillers in sämtlichen Schulen des Landes unter Aufsicht des gewöhnlichen Unterrichts am 9. Mai eine Schillerfeier stattfinden hat. Demgemäß ist eine solche auch an den Seminaren und an den Volks- und Mittelschulen zu begehren. Hierbei werden die Anstaltsvorstände, Schulaufsichter und Lehrer darauf sehen, daß sich die Feier möglichst lebendig und vollständig gestalte und durch Vorträge, die der Fassungskraft der Schüler entsprechen, durch eine geeignete Auswahl von Deklamationen und Gesängen, und wo die Verhältnisse dazu angetan sind, auch durch etwaige Aufführungen ein tieferer Eindruck von den Dichtungen und der Persönlichkeit Schillers erweckt werde. An manchen Orten werden sich auch die üblichen Spaziergänge oder Malereien auf den 9. Mai legen lassen. Es wird ferner empfohlen, die Ortsbehörden zu veranlassen, daß aus Gemeindegeldern zur Festhaltung und Vertiefung des bei der Feier erweckten Eindruckes eine Schillerschrift verteilt werde. Für die Seminare ist eine Verfügung bezüglich einer solchen Gedächtnisschrift ergangen; für die älteren Schüler der Volks- und Mittelschulen wird auf das Wachsen von Schulerat Dr. Rosopp (Verlag von A. Bong u. Comp., Stuttgart) und auf Schulandgaben des „Tel“ wie die bei J. G. Cotta Nachfolger, Stuttgart, aufmerksam gemacht.

r. Stuttgart, 17. März. Die Arbeiter der hiesigen Filiale der Leonberger Schußfabrik legten wegen Lohn-differenzen heute die Arbeit nieder.

r. Württemberg, 18. März. Bei der Heimfahrt einer Hochzeitsgesellschaft von hier nach Göttingen kamen die Pferde. Der Wagen stürzte eine Böschung hinab und mehrere Personen wurden teils schwer, teils leicht beschädigt.

Tübingen, 18. März. Schwurgericht. Tagesordnung: Montag, 27. März, vorm. 9 Uhr: Anklagesache gegen den ledigen Kaufmann Albert Handel von Dettingen wegen verachteten Totschlags. Dienstag, 28. März, vorm. 9 Uhr: Anklagesache gegen den verheirateten Flaschenweiser Chr. Kottler von Feidenhausen wegen verachteter Notzucht. Dienstag, 28. März, nachm. 3 Uhr: Anklagesache gegen den verheirateten Bauern und Steindreher Gottilob Müller von





reus. Richter. Nach der Prozeß im Verhörung und einen Anlaß, Der Kanzler Auslieferung ist. Bedelokratie uns le, aber das n, so namentdemokratischen in Ruhland zu r nicht daran. erstanden sind aufgefärter fieden, son- bshfahrt und wird.

dem Reichs- Vertrauen Neuregelung aten.

daß er und dliche hatten (Eisob-Both- Bedenken des

anklager das a keine Aus- Ausweisungen ungen. Aber gen Gründen nder plädiert demokratischen

en die preschi- n des Reichs-

efolution für t dabei eden- gierung auf- sichtenwurfes. Ausweisung

en.

ist hier rege entner 3 A

tiwoch statt- jagd wurden 122 war 122 Teilhaber

zeitag wurden lob Friedrich ne Schneppen

erlak an die dekorate be- von Kirchen- und edächnis der Todesstag unter Aufsicht Schiller e solche auch Mittelschulen ande, Schul- Feiter wdg- ach Vorträge, durch eine fänger, und, durch etwaige shtungen und An manchen ge oder Nat- wird ferner ach an Ge- des bei der ertelt werde. einer solchen Schüler der n von Schul- omp., Stitt- le die bei J. gemacht.

der hiesigen wegen Lohn-

nsfahrt einer schenten die ab und meh- t beschädigt. Tagesord- ngsache gegen tungen wegen vom. 9 Uhr weifier Chr. zunft. Dienst- ungen den ver- andler von

Loffenau wegen Verbrechen wieder die Stillschließung. Mittwoch 29. März, vorm. 9 Uhr Anklagesache gegen den Schlossermeister Karl Rad von Nürtingen wegen versuchten Mord. Nachtrag folgt. — Als Ergänzungsgeschworene wurden gezogen: Konrad Grawmer, Bauer in Halltingen, Dr. August Schmid, Apotheker in Nürtingen, Gottlob Schäfer, Gemeinderat in Nürtingen.

**r. Friedrichshafen, 18. März.** Gestern feierte Sr. Excellenz Freiherr v. Mittnacht hier seinen 80. Geburts- tag. Die Feyer fand im engsten Familienkreise statt. In- hoch kam mit dem Schnellzug 11 Uhr 40 ganz unerwartet Sr. M. der König in Begleitung seines Generaladjutanten Freiherrn v. Gemmingen hier an und gieng bei schlechtem Wetter zu Fuß nach der Villa des Jubilars. Ein Lafai- trug ein prächtiges Blumenarrangement. Nach einhändigem Aufentshalt verließ Sr. Maj. die Villa wieder und begab sich mit seinem Adjutanten nach dem deutschen Haus, wo das Dinner stattfand. Mit dem Schnellzug 1 Uhr 50 verließ der König wieder unsere Stadt.

**Friedrichshafen, 16. März.** In dem benachbarten Freizeithaus brannten in vergangener Nacht die Wohn- und Dekonomiegebäude des Bauern Allgauer und des Wagners Bursch bis auf den Grund nieder. Der erstere ist gut ver- sichert, während der letztere an Mobiliar unglücklich ver- loren ist. Die bereits angefertigte Kasse der Töchter des Wagners Bursch ist mit verbrannt. Man vermutet Brandstiftung.

**Gerichtssaal.**

**Tübingen, 18. März.** Strafkammer. Die Bauern- söhne Gottlieb und Jakob Weiß von Möhlagen besuchten am 8. Dez. den Nagolber Jahrmarkt. In der Waldhorn- wirtschaft kam es zu Streitigkeiten, wobei Gottlieb Weiß dem Tagelöhner Deuble in Nagold einen Messerstich in den linken Oberarm versetzte. Gottlieb Weiß vom Schöffengericht Nagold zu 2 Monaten und 15 Tage Gefängnis und Jakob Weiß zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt, legten Be- rufung ein, die verworfen wurde.

**Stuttgart, 18. März.** Kriegsgericht der 26. Division. Ein schwerer Fall beschäftigte gestern das Kriegsgericht. Angeklagt eines Verbrechen des tödlichen Sichergreifens an einem Wachposten, eines Vergehens der Achtungsver- letzung und der Beleidigung war der Grenadier Arnold von der 8. Kompanie des Gren. Regts. 119. Der Ange- klagte, der als unehrer Pflanzpflichtiger eingestellt wurde und im 3. Dienstjahr steht, feierte am 4. Februar nach 12 nachts angetrunken mit 2 Kameraden in die Kaserne

zurück. Beim Einpassieren rempelte Arnold einen Ein- jährigen, der Wache stand, unabsichtlich an, was sich der Einjährige verbat. Es kam zu einem Wortwechsel, wor- in der Angeklagte die Aeußerung: „Dah doch den Krummstiel- fischen, das ist ja bloß ein Einjähriger“ gebrachte. Auf die Aufforderung des Einjährigen, den Platz zu verlassen, entfernten sich die zwei Kameraden des Angeklagten, wäh- rend Arnold stehen blieb, dem Einjährigen höhnisch ins Gesicht schaute und die Aeußerung: „Du Saumkraumstiesel“ fallen ließ. Nach etwa einer Stunde begab sich Arnold von der Mannschaftsstube wieder in den Kasernehof herab, lauerte dem Wachposten auf und ver setzte ihm beim Vorüber- gehen einen Schlag in das Gesicht, worauf er davonlauf- end die Haltrufe des Wachpostens zu beachten. Das Ur- teil lautete dem Antrag des Anklagevertreters gemäß auf 3 Jahre, 3 Monate und 1 Woche Gefängnis, abzüglich 1 Monat Unterjuchungshaft. Bei der Strafbemessung lag das Gericht zu Gunsten des Angeklagten die bisherige gute Führung und das Angekrankensein, zu Ungunsten die dis- ziplinlose Handlungsweise in Betracht. Für das tödliche Sichergreifens an dem Wachposten wurde eine Strafe von 3 Jahren und 3 Monaten festgesetzt.

**Deutsches Reich.**

**Speyer, 18. März.** Der Bischof von Speyer, Dr. J. G. v. Ehrler, ist heute früh 1/2 Uhr gestorben.

**Hamburg, 17. März.** Heute mittag wurden bei der Alsterbrücke die Leichen eines 40jährigen Mannes und eines 12 jährigen Knaben zusammengeschoben aus dem Wasser gezogen. Beide wiesen Schußwunden am Kopfe auf. Die Persönlichkeiten der Toten sind noch nicht fest- gestellt.

**Stettin, 17. März.** Durch Unfällen einer Kohlen- wand in der Concordialgrube wurden, wie der Obersächsis- che Bänderer meldet, heute mittag 4 Bergleute verschüttet; 2 sind tot; die andern beiden sind mit schweren Verletzungen zu Tage gebracht worden.

**Ausland.**

**Neapel, 17. März.** Hier wurde heute nachmittag 2 Uhr 04 Min. ein wellenschrumpfes Erdbeben verspürt, das mehrere Sekunden dauerte.

**Aden, 18. März.** Die Stadt Sana, die eine Be- setzung von 5000 Mann türkischer Truppen haben soll, wird von aufständischen Arabern belagert. Diese haben die Uebergabebedingungen des Gouverneurs abgelehnt. Es geht jetzt das Gerücht, die Stadt sei schon gefallen.

**Landwirtschaft, Handel und Verkehr.**

**Nagold, 18. März.** Dem heute hier abgehaltenen Schweine- markt wurden zugeführt: Läuferfchweine 0, Sauzschweine 32 Stück von welchen 21 Stück um den Preis von 20-84/2 M per Paar verkauft wurden.

**Stuttgart, 16. März.** Schlachtochmarkt. Zugetrieben wurden: 84 Ochsen, 118 Farren, 102 Kalben und Röhre, 531 Röhler, 688 Schweine. — Unverkauft: 0 Ochsen, 48 Farren, 41 Kalben und Röhre, 0 Röhler und 48 Schweine. Erlös auf 1/2 kg Schlachto- gewicht: Ochsen 74-77 M, Farren 69-74 M, Kalben und Röhre 56-58 M, Röhler 68-90 M, Schweine 67-68 M.

**Stuttgart, 16. März.** Der Sammelmarkt erhielt gestern wieder eine starke Zufuhr; es waren aufgestellt etwa 1000 Apfel- und Birn- bäume zu 80 M bis 120 M, 360 Kirchen- und Zweifelschen- und Pfämenbäume zu 30 bis 40 M je das Stück; 800 Stachelbeer- und Traublerhöde zu 3 bis 4 M und 200 Himberhöde zu 2 bis 2,50 M je das Hundert.

**Heilbronn, 15. März.** Der heutige Schafmarkt war mit 1188 Stück besahren, wovon 631 Stück weiß Jährlinge, verkauft wurden, während der Rest mit 557 Stück unverkauft zurückging. Bezahlt wurden pro Paar Jährlinge 40 bis 55 M, Gbtschale 58 Markt. Gesamt-Umsatz 16858 M. Nächster Markt: Donnerstag 10. August.

**Wergentheim, 14. März.** Dem heutigen Großviehmarkt wurden im ganzen 290 Stück zugetrieben und zwar 40 Ochsen, 78 Röhre und 112 Stück Jungvieh. Der Handel ging anfangs langsam, entwickelte sich aber später lebhaft, namentlich wurde von kleinerem Jungvieh der größte Teil desselben von auswärtigen Händlern zu hohen Preisen angekauft. Es kostete ein Paar Ochsen 750-900 M, eine Kuh 220-350 M, ein Stück Jungvieh 100-350 M. (Schw. N.)

**Stuttgart, 16. März.** Die Württembergische Vereinsbank schließt die Bilanz für das Jahr 1904 mit einem Reingewinn von 1986259 M gegen 1727624 M im Jahre 1903. Der Geschäft- gang im Jahre 1904 kann als ein befriedigender bezeichnet werden. Infolge der stetig wachsenden Ausdehnung des Geschäftes und der bevorstehenden Umwandlung der Bankform in ein Aktiengesellschaft u. d. h. soll das Grundkapital um 3000000 M erhöht werden. Da bei der mit dem Institut durch Kartellvertrag verbundenen Württembergischen Bankanstalt im Hinblick auf die Entwicklung ihrer Geschäfte ebenfalls ein Antrag auf Erhöhung des Grundkapit- als, und zwar um 1000000 M, gestellt wird, so wird das zwischen den beiden Banken bestehende Quasoverhältnis durch die beider- seitigen Kapitalerhöhungen nicht berührt. Der Kurs, zu welchem die neuen Aktien den alten Aktien angeboten werden sollen, entspricht den in der Bilanz ausgewiesenen Reserven. Diese betragen über 7000000 M.

**Unwärtige Todesfälle.**

Katharine Oberle, geb. Schmeiß, 49 J., Calw. — Ge- meindepfleger Müller, 60 J., Calw. — Katharine Bauer, geb. Wessing, 60 J., Calw. — Gbtschale bei Gbtschale — Christiane Bürtle, geb. Delschläger, 70 J., Heilbronn.

Druck und Verlag der G. W. Zaiser'schen Buchdruckerei (Emsl Zaiser) Nagold. — Für die Realisation verantwortlich: A. P. v. t.

**Nagold.**

# Verkauf

**von Stoffen, Anzügen, Hüten usw.**

In dem Konkurs des Gottlieb Zug, Schneidermeisters und In- habers eines Herrenkleidergeschäfts hier, kommt das vorhandene Waren- lager, nebst etwas Haushaltungsfahrnis, am

**Mittwoch, den 22. März**

in dessen Wohnhaus in der Marktstraße beim Rathaus, durch den Unter- zeichneten gegen sofortige Barzahlung zum öffentlichen Verkauf, und zwar:

**von morgens 9 Uhr an:**

**40 Stücke Tuch zu Anzügen**

in verschiedenen Stoffarten, etwa 200 Meter verschiedenes Futtertuch, Watierleinwand, Knöpfe, Schnallen, Seide, Faden, u. s. w., 1 „Dürlapp“ Nähmaschine, die vorhandene Kademcinrichtung, namentlich 1 Ledentisch und 1 Kleiderbüste, 1 neue und 1 ältere Marktstie, einiger Hansrak, darunter 2 Gesellenbetten, 2 Mo- stfässer, ca. 170 Liter Most, 1 Regulator, 1 altes Klavier,

**von nachmittags 1 1/2 Uhr an:**

etwa 40 Stück vollständige Cybot, Budstin- und Halb- tuch-Anzüge für Erwachsene und auch für Knaben, verschiedene einzelne Hosen, Westen, Loden- und andere Zuppen, Kittel, einige Heberzieher und Knabenmäntel, etwa 100 Stück weiche Männer- und Knabenhüte von Filz, etwa 30 Stück reife Männerhüte und 3 seidene (hohe) Herrenhüte.

Die Verkaufsgegenstände werden zum größten Teil einzeln verkauft. Kaufsliebhaber sind eingeladen.

**Nagold, den 13. März 1905.**

**Konkursverwalter:**  
Bezirksnotar Delschläger.

**Wittstatt O.A. Herrenberg.**

# Sichen- und Nutzholz-Verkauf.

**Am Mittwoch den 22. März**

kommen im Gemelchwald zum Verkauf:

20 Sichen von 5-10 m Länge und 44-75 cm Durchm. im Neßgehalt von 42 Fm. I, II, und III Klasse, 3 Buchen 5-7 m lang, 2 Hagenbuchen 3 m lang, 9 Birken 6-7 m lang, 5 Stück fichtenes Bauholz 7-10 m lang, 15 Stück eichene und fichtene Stangen.

**Zusammenkunft morgens 9 Uhr** Kupfinger-Sulzerstraße. Waldmeister Junger.

**K. Amtsgericht Nagold.**

# Im Handelsregister

wurde eingetragen:

Register für Gesellschaftsfir- men Nr. 22 die Firma Gustav Friedrich Wagner, Hauptniederlassung Calw, Zweigniederlassung Nagold ist nach erfolgter Liquidation erloschen.

Register für Einzelfirmen Nr. 72 die Eintragung des Karl Wilhelm Zug Kaufmann in Altsfeld als Inhaber der Firma Karl Wilhelm Zug daselbst ist gelöscht worden.

Als neuer Inhaber der Firma wurde eingetragen: Fritz Bühler jun. Kaufmann in Altsfeld unter zusätzlicher Be- zeichnung der Firma: G. W. Zug Nachfolger Fritz Bühler jr. Den 16. März 1905.

**Amtsrichter:**  
Schmid.

Forstbezirk Altsfeld.

# Stammholz, Stangen, Brenn- holz und Reisverkauf.

1. Am Samstag den 25. März vormittags 10 Uhr im Waldhorn zu Eshausen aus Staatswald Graf- hardt, Abt. Hof, Oberer Tiefenbach, Halde und Unterer Tiefenbach: Baustangen 71 a, 14 l. b, 29 II. und 14 Stk. III. Kl.; Hopfenstangen 6 Stk. II. Kl. Am: 5 Spalter II. Kl., 21 Scheiter, 8 Brägel, 19 Anbruch, 675 Rm. Reisig auf Haufen und 57 Rm. Schlagraum.

2. Nachmittags 4 Uhr im Anker zu Altsfeld aus Staatswald Graf- hardt, Abt. Hof und Halde: Langholz 231 Stk. mit Fhm.: 3 L., 8 II., 11 III., 32 IV. u. 19 V. Kl.; Roanewald, Abt. 12 Gerberöder: Am: 4 Spalter II. Kl., 2 Brägel, 9 Anbruch, 175 Rm. Reisig auf Haufen und 13 Rm. Schlag- raum.

**Patent- (Vötes-) Briefe**  
empfiehlt G. W. Zaiser.

# Vergebung von Straßenbau-Arbeiten.

Die nachstehenden Arbeiten zur Verbesserung der Staatsstraße von Nagold nach Altsfeld auf der Markung Eshausen, sowie zur Verbau- ung von Rängen daselbst werden hienit zur Bewerbung ausgeschrieben.

**Grab- Abbruch-, Betonier-, Maurer-, Steinbauer und Gchaussierungsarbeiten:**

	beranschlagt zu:	Eisenwert:
I. Durchlaß bei km 58,105		440 M
Dohle bei km 58,085	2940 M	
Dohle bei km 58,005		
II. Rängenverbauungen		
bei km 58,005	2390 M	
bei km 58,100	1030 M	
	6360 M	440 M

zus. 6800 M

Der Kostenanschlag, die Pläne und die Vergabebedingungen können bei Bauwerkmeister Steine in Altsfeld eingesehen werden. Die Bestimmungen über die Vergabung von Arbeiten und Biefe- rungen, die der Ausschreibung zu Grunde liegen, sind im Gewerbeblatt von 1903 Nr. 8 und 9 abgedruckt. Von den Bewerbern sind die Angebote in Prozenten der Ueber- schlagspreise ausgeschrieben, unterzeichnet, versiegelt und mit der Ueber- schrift „Angebot für Straßenbau-Arbeiten“ versehen, spätestens am **Mittwoch den 29. d. M. nachmitt. 3 Uhr** bei Bauwerkmeister Steine postfrei einzureichen. Bewerber, die der Stra- ßenbauverwaltung nicht bekannt sind, haben den angebotenen Zeugnisse aus neuerer Zeit über Vermögen und Geschäftstätigkeit beizufügen. Die Eröffnung der Angebote, der auch die Bewerber und ihre Bevoll- mächtigte anwohnen können, wird sofort nach Ablauf der Frist für ihre Einreichung vorgenommen werden. Der Zuschlag erfolgt innerhalb 14 Tagen; bis dahin bleiben die Bewerber an ihre Angebote gebunden.

**Calw, den 18. März 1905.**

**K. Straßenbauinspektion:**  
Burger.

# Die Stadtgemeinde Nagold verkauft am Dienstag den 21. März rottannene Stangen

im Distrikt Badwald Abteilung Sulzriedel-Gebens, zugleich mit dem dortigen Brennholz und zwar:

5 Rm. 4 m lang von Brägelhöhe zu Brägelhöhe u.; 88 Stück Drehstangen über 13 m lang und 20 bis 10-13 m lang.





